

APPELL **Basta! Genug ist genug! Stopp dem Abbau! Appell für das Bundespersonal und den Service public**

Genug ist genug! Wir lancieren einen *Appell für das Bundespersonal und den Service public*. Das Personal hat genug von den permanenten und perfiden Angriffen auf seine Arbeitsbedingungen – und damit indirekt auch auf seine Arbeit und den Service public. Die Qualität der Dienstleistungen der Bundesverwaltung, aber auch die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber, stehen auf dem Spiel.

Eine Reihe von Sparmassnahmen wie beispielsweise in der Forschung, bei wissenschaftlichen Studien, bei Programmen und Aufgaben im Bereich der Prävention oder Statistik, treffen vulnerable Bevölkerungsgruppen. Wichtige Projekte und Akteure sind von diesem Sparpaket betroffen und führen zu einem Stellenabbau – nicht nur in der Bundesverwaltung, im ETH-Bereich oder den bundesnahen Betrieben, sondern auch in Institutionen welche Dienstleistungen für die Zivilgesellschaft anbieten.

In unserem Appell fordern wir den Bundesrat auf:

- weitere Angriffe auf die Anstellungsbedingungen des Bundespersonals zu unterlassen; das Personal zahlt im Rahmen des EP27 und des neuen Lohnsystems bereits seinen Tribut;
- den Angriffen auf das Bundespersonal aus dem Parlament (wie beispielsweise die Motion 25.3974) entschlossen entgegenzutreten und damit das Funktionieren des Service public zu verteidigen;
- eine Auslegeordnung über die Auswirkungen des neuen Lohnsystems und insbesondere des Beurteilungsprozesses vorzunehmen: Aktuell sind nicht alle Details des neuen Lohnsystems bekannt;
- endlich das Personal in Fragen, die es konkret betreffen, in einer Konsultation direkt miteinzubeziehen.

Setzen Sie ein Zeichen und unterschreiben Sie den von der Interessengemeinschaft Bundespersonal lancierten Appell. Damit machen Sie Druck, damit der Abbau bei den Arbeitsbedingungen des Bundespersonals und beim Service public gestoppt wird.

Bitte unterschreiben Sie online oder scannen Sie den ausgefüllten Unterschriftenbogen und senden Sie ihn bis spätestens am 31. Januar 2026 an communication@pvb.ch. Sie können ihn auch per Post schicken an: Personalverband des Bundes PVB, Wabernstrasse 40, 3007 Bern. Fordern Sie auch Ihre Kolleg:innen auf, den Appell zu unterzeichnen.

Geplant ist, den Appell anlässlich des Treffens mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Februar 2026 zu übergeben. Über Details zur Übergabe werden wir zu einem späteren Zeitpunkt informieren.



www.pvb.ch/appell

Vorname / Prénom / Nome

Nachname / Nom / Cognome

E-Mail

Unterschrift/Signature/Firma

Vorname / Prénom / Nome

Nachname / Nom / Cognome

E-Mail

Unterschrift/Signature/Firma

Vorname / Prénom / Nome

Nachname / Nom / Cognome

E-Mail

Unterschrift/Signature/Firma

Vorname / Prénom / Nome

Nachname / Nom / Cognome

E-Mail

Unterschrift/Signature/Firma

[illegible]